

Riester-Zulagen für Eigenheime?

Fachleute lehnen eine Förderung als Altersvorsorge ab

Von unserem Redaktionsmitglied
Simon Scherrenbacher

Mannheim. Zunächst klang es nur nach einem der üblichen Querschüsse, mit denen Abgeordnete aus den hinteren Reihen des Bundestags auf sich aufmerksam machen wollen. Georg Brunnhuber, immerhin Vorsitzender der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg, hatte zum Jahreswechsel vorgeschlagen, auch den Kauf von Wohneigentum im Rahmen der Riester-Rente staatlich zu fördern. Bisher gibt es nur für langfristige Sparverträge Zulagen.

„Eine solche Maßnahme würde einen breiten Schub für die Riester-Rente bringen und zugleich der Wohnungswirtschaft dauerhaft auf die Beine helfen“, glaubt Brunnhuber. Der Abgeordnete bekam prompt Unterstützung von Bundesbauminister Wolfgang Tiefensee und dem Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA). Schon zum 1. Januar nächsten Jahres soll es soweit sein.

Für Axel Börsch-Supan, Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre an der Uni Mannheim, ist der Vorschlag nicht neu. „Dieses Thema ist schon seit dem Jahr 2001 ein Dauerbrenner.“ Als Mitglied der Rürup-Kommission sprach sich Börsch-Supan gegen das Konzept aus, weil sich Eigenheime „nur bedingt“ als Altersvorsorge eignen würden. Der Grund dafür liege in der demographischen Entwicklung: „Bis 2040 oder 2050 werden wir weniger Wohnungen brauchen, weil weniger junge Leute nachkommen.“ Außerdem bräuchte derjenige, der sich ein Eigenheim leisten kann, eigentlich keine Förderung. „Man sollte lieber Maßnahmen entwickeln, um Geringverdienende zu fördern.“

Auch für Peter Albrecht, Professor für Versicherungswirtschaft an der Uni Mannheim, birgt Brunnhubers Idee wenig Neues. „Die Sachlage ist so, dass das selbst genutzte Wohneigentum bereits im Rahmen

der bestehenden Riester-Rente gefördert wird“, sagt er. Bis zu 50 000 Euro könnten aus dem angesammelten Vorsorgekapital für den Kauf oder Bau von Wohneigentum entnommen werden. Allerdings muss der Betrag spätestens zum 65. Lebensjahr zurückgezahlt werden.

Hier unterscheidet sich Brunnhubers Konzept, das keine Rückzahlung vorsieht, von der jetzigen Regelung. Bei genauerer Betrachtung lassen sich aus Verbrauchersicht weitere Gründe für eine ausgeweitete Riester-Förderung finden. Etwa der, dass Eigenheim-Besitzer im Alter keine Miete zahlen müssen, sprich: unter dem Strich mehr haben.

„Das ist mir zu 20 Prozent einleuchtend“, sagt Börsch-Supan. „Das ist etwa der Anteil am Einkommen, den ein Rentner für das Wohnen ausgibt.“ Doch die restlichen 80 Prozent müssten schließlich auch irgendwo her kommen. „Wenn die Altersvorsorge nur aus einem Eigenheim besteht, stimmen die Proportionen nicht mehr.“

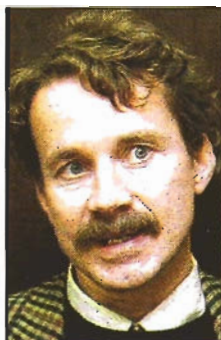
Oder, wie es Michael Gaedicke vom Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft ausdrückt: „Nur Rente ist Altersvorsorge.“ Wer in jungen Jahren zu Gunsten von Bauspar-Vermögen kein Altersvorsorge-Vermögen aufbaue, könne das später nicht mehr nachholen. „Es kann nur ein gesunder Mix aus beidem sein.“

Doch für Berufsanfänger bleibt nach den Riester-Beiträgen nur in den seltensten Fällen noch Geld für den Aufbau von Wohneigentum übrig. Für Börsch-Supan ist das kein Argument. „Da sage ich ganz nüchtern: Man muss eben mit seinem Geld auskommen“, so der Professor. „Die Altersvorsorge braucht man. Dann muss man beim Auto kürzer treten.“

Den Häusle-Bauern macht Börsch-Supan nur wenig Hoffnung. Dabei wäre Riester ein kleiner Ersatz für die Eigenheim-Zulage, auf die sie seit 1. Januar verzichten müssen. „Die hat man ja gerade mit viel Müh und Not gestrichen“, hält Börsch-Supan dagegen, „und das aus gutem Grund.“



Georg Brunnhuber



Axel Börsch-Supan